

Berliner Tageblatt

Die unersetzlich eingetragene Manuskripte
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Clond George über die Ergebnisse von San Remo.

Die Entschädigungs- und Entwaffnungsfrage.

Der Kommunistenputsch im Ruhrgebiet und das Vorgehen der Franzosen. — Die Zusammenkunft in Spa.

Amsterd., 29. April. (M. T. B.)

„Laut „Telegraph“ hat Lloyd George gestern im Unterhause die mit Spannung erwartete Erklärung über die Verhandlungen von San Remo abgegeben. Er sagte u. a. folgendes:

„Vor der alliierten Konferenz in San Remo zusammenzutreten, waren einzelne Mißverständnisse entstanden, die an sich ernst genug waren, aber durch mutwilliges Hören sehr stumpfsinniger Personen doch noch viel ernster gemacht wurden. Es freut mich aber, erklären zu können, daß die Luft wieder rein ist, und soweit ich sehen kann, ist jeder von den Ergebnissen von San Remo befriedigt. Den Deutschen ist mitgeteilt worden, daß von dem Augenblick an, wo die Truppenzahl im Ruhrgebiet auf die in der Note der Alliierten von 2. August 1919 festgesetzte Höhe zurückgebracht ist, die französischen Truppen Frankfurt und Darmstadt verlassen werden. Die Konferenz hat jeden Verdadigt beseitigt, daß der Vertrag von Versailles nicht zur Anwendung gebracht werden könnte. Wir haben zum ersten Male beschlossen, deutsche Minister zu einer Zusammenkunft mit alliierten Ministern einzuladen, um verschiedene Fragen zu besprechen. Es besteht keine Meinungsverschiedenheit über die Entwaffnung, aber bei der Forderung auf Entwaffnung steht man auf die große Schwierigkeit, daß vielleicht niemand in Deutschland die genügende Macht besitzt, um diesen Beschluß auszuführen. Was die Entschädigungsfrage anlangt, so wünschten wir zu erfahren, welche Vorschläge Deutschland zu machen hat, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Wir wissen sehr gut, daß Deutschland bei seinen heutigen Zuständen nicht bezahlen kann, aber wir wünschen zu sehen, daß es seine Verpflichtungen anerkennt und darüber nachdenkt, wie es sie erfüllen kann. Dessen wir also einen deutschen Minister nach Spa kommen mit dem einen oder anderen Vorschlag über die Summe, die Deutschland bezahlen kann, und über die Art der Bezahlung, oder lassen wir ihn einen anderen Vorschlag über die Abtragung der Verpflichtungen Deutschlands machen.“

Lloyd George fuhr fort: „Die Konferenz hat die vollste Harmonie in allen Fragen bewirkt, und sie wird durch eine vollständige Einigkeit und dieselbe Kameradschaftlichkeit gekennzeichnet, die bei der siegreichen Beendigung des Krieges zwischen den Alliierten bestand. Der Raum, der den Beginn der Konferenz begleitete, war nichts anderes als das Gesamtmeer entsäuften Ergetzees. Die persönliche Verenglimpfung, für die in der inneren Politik Gelegenheit genug ist, die aber dabei, wie die letzten Jahre gezeigt haben, wenig Schaden anrichten kann, war in diesem Falle darauf beschränkt, zwischen uns und unseren Alliierten böses Blut zu machen, und ist dadurch zu einem Verderben geworden.“ Nach diesem Ausfall gegen seine Alliierten schloß Lloyd George: „Die stehenden Wunden Europas können nur allmählich geheilt werden, und San Remo bedeutet ein Stadium des Heilungsprozesses.“

Laut „Telegraph“ sagte Lloyd George über die Ruhrfrage noch folgendes: „In einem Teile Deutschlands waren die Auswirkungen ausgebrochen, die nicht allein für Deutschland, sondern auch für die übrige Welt eine Bedrohung darstellen. Die Kommunisten waren Herren in dem großen Industriegebiet an der Ruhr geblieben. Gälten sie dort ihre Macht befestigt, dann würde die Gefahr vielleicht auf andere Wohngebiete übergriffen haben. Die Frage war deshalb, wer sie unterdrücken sollte. Die Franzosen waren der Meinung, daß dies durch alliierte Truppen geschehen müsse. Alle anderen Alliierten hielten dafür, daß es den Deutschen überlassen bleiben müsse, die Ordnung in ihrem eigenen Lande herzustellen.“ (Zusammenfassung von Wedgwood, Arbeiterpartei: „Den deutschen Juntlern!“)

Lloyd George erwiderte: „Der ehrenwerte Abgeordnete erkennt eine undemokratische Regierung in Rußland an, aber er will eine demokratische Regierung in Deutschland nicht anerkennen.“ Lloyd George fuhr dann fort: „Eine derartige Frage ist 1871 in Frankreich entstanden, als die Kommunisten in Paris und französische Städte in Händen hatten. Die Deutschen machten damals den Vorschlag, daß sie die Kommune unterdrücken wollten. Aber L'Éclair, ein sehr verständiger Franzose, war der Meinung, daß die Kommune in Frankreich bei einer Unterdrückung durch die Deutschen nur populärer werden würde. Deshalb bestand er darauf, daß die Franzosen allein die Ordnung im Lande wiederherstellen sollten. Wir waren der Ansicht, daß dieses Verfahren auch in Deutschland befolgt werden müsse. Wir hatten vorgeschlagen, Sicherheiten zu verlangen, und wollten die Bedingung aufstellen, daß, wenn ein bestimmter Zeitraum der Befreiung überschritten würde, zur Sicherheit einige deutsche Städte besetzt werden sollten, und daß alliierte Verbindungsoffiziere die Truppenzahl im Ruhrgebiet überwachen sollten.“ Lloyd George fügte hinzu, einflussreiche französische Blätter und Publizisten hätten den Argwohn erweckt, daß ausgenommen die Alliierten vorhanden seien. Alle diese Mißverständnisse seien nun in San Remo beseitigt worden.

Die Rede Lloyd Georges kann als eine günstige Einleitung zu der Konferenz in Spa erscheinen. Fast alles, was der englische Premierminister gestern im Unterhause gesagt hat, zeigt davon, daß allmählich das Verständnis für die Wirklichkeit zurückkehrt. In der Entwaffnungs-

frage wird Deutschland seine absolute Kohalität beweisen müssen. Wenn Lloyd George bemerkt, daß vielleicht niemand in Deutschland die genügende Macht habe, um die Entwaffnung durchzuführen, so ist das zum Teil leider vorläufig noch richtig, aber die Mittel, der Regierung die notwendige Macht zu liefern, werden hoffentlich bald gefunden werden. Die Unbotmäßigkeit und der selbsttätige Aufbruchsgestalt jener reaktionären Offiziere, die sich allen Befehlen zur Entwaffnung widersetzen, sind auch darum so gewisslos und verbrecherisch, weil sie in der ganzen Welt den Eindruck erwecken, als bestiehe in Deutschland überhaupt keine Autorität, auf die man rechnen und der man vertrauen könne. Die Reichsregierung hat, schon des deutschen Ansehens vor der Welt wegen, die dringende Pflicht, zu beweisen, daß eine solche Autorität existiert und daß sie sich durchzusetzen weiß. Lloyd George erkennt an, daß Deutschland, bei seinen heutigen Zuständen nicht bezahlen kann, aber er wünscht, daß die Vertreter Deutschlands in Spa nicht nur Vorschläge über die Höhe der zu zahlenden Summe, sondern auch Vorschläge über die Art der Bezahlung machen, und er gibt zu verstehen, daß auch ein anderer Vorschlag über die Abtragung der Verpflichtungen denkbar sei. Das ist ein Hinweis auf neue Wege, und es wird nun die Aufgabe der deutschen Finanzfachverständigen sein, Ideen, deren Verwirklichung möglich erscheint, zu erörtern, und Vorschläge, die zunächst auf Annahme haben, nach Spa mitzubringen. Ein schwerer Fehler wäre es, wenn man durch Kleinlichkeit oder durch allzuviel Geschäftsroutine den Ansehens erwecken würde, als lasse man es am guten Willen fehlen. Man darf nicht einen Augenblick lang vergessen, daß diese Frage nicht nur eine Frage von Siftern, sondern auch eine hervorragende politische ist, und daß es in Spa nicht allein gilt, diesen oder jenen einzelnen Vorschlag zu lassen, sondern das Gesamtbild der politischen Entwicklung neu zu schaffen, oder doch wenigstens neuen Möglichkeiten die Tür zu öffnen. Wie schon in früheren Verhandlungen hat Lloyd George, entgegen dem französischen Standpunkt, abermals betont, daß Deutschland berechtigt gewesen ist, die Höhe der zu zahlenden Summe festzusetzen. Er hat auch wieder betont, daß alle Alliierten mit Ausnahme Frankreichs dieser Ansicht gewesen seien. Ein Arbeiterpartei hat, wie aus dem Bericht hervorgeht, einen mißbilligenden Zusatz damit eingemengt. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die englische Arbeiterpartei, ihre Presse und auch die meisten liberalen Zeitungen Englands über die Vorgänge in Deutschland sehr schlecht, sehr einseitig, und nur von linksradikaler Seite informiert sind, und man kann dem Herrn Wedgwood, dem Zwischenrufer, ebenso wie dieser englischen Presse nur empfehlen, die getrigge Rede des sozialistischen Ministers Severing zu lesen, in der mit Objektivität und Kenntnis der Tatsachen, die Vorgänge im Ruhrgebiet dargestellt wurden.

Während Lloyd George im Unterhause sprach, teilte Millerand im französischen Senat mit, daß die deutsche Regierung ihm einen Meinungsaustausch über alle Fragen, die den deutsch-französischen Handelsverkehr betreffen, vorgezogen, und daß er diesen Vorschlag angenommen habe. Der Senat hat diesen Vorschlag angenommen. Wir begrüßen den Schritt der deutschen Regierung und die Bereitwilligkeit des Herrn Millerand, ohne zu verkennen, daß eine wirkliche wirtschaftliche Verständigung nicht möglich ist, wenn unüberwindliche politische Hindernisse zwischen zwei Völkern aufgeworfen werden. Ueberleben darf es nicht werden — und kein klar rednender Politiker wird es übersehen —, daß einer deutsch-französischen Aussprache die Ereignisse, die sich vor und in San Remo vollzogen haben, der Boden bereitet worden ist, und daß eine solche Aussprache um so fruchtbarer werden kann, je mehr man in Paris sieht, daß Deutschland nicht von Frankreich allein abhängig, nicht auf Frankreich allein angewiesen bleibt.

Deutschland ein Heer von 160 000 Mann zugestanden?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 30. April.

Der Korrespondent der „Chicago Tribune“ in San Remo meldet:

„Die Alliierten haben sich entschlossen, Deutschland ein Heer von 160 000 Mann zu belassen, wenn sich die Notwendigkeit dafür ergibt. Der Beschluß hängt aber von der Räumung des Ruhrgebiets durch die Reichswehrtruppen ab.“

Paris, 2. April. (M. T. B.)

Zu der heutigen Sitzung des Senats teilte Ministerpräsident Millerand mit: „Seit der gestrigen Sitzung der Kammer hat sich etwas Neues ereignet. Keine vormittag hat mich ein Duai-Vertrag der Vorsitzende der deutschen Delegation bei der Friedenskonferenz Ministerialdirektor Coepfert aufgefunden, um zu erklären, daß die deutsche Regierung der französischen Regierung einen Meinungsaustausch unter einigen deutschen und französischen Delegierten, die Sachverständige des wirtschaftlichen Lebens sein sollen, vorschlägt, die alle Fragen betreffen sollen, die den Handelsverkehr zwischen beiden Ländern betreffen. Ich habe den Vorschlag der deutschen Regierung angenommen und erklärt, daß der Handelsminister in nächster Frist einen französischen Delegierten für die vorgeschlagene Konferenz ernennen werde. Ich habe hinzugefügt, daß es nicht von uns abhängen werde, ob diese Konferenz tatsächlich zu guten Ergebnissen führen werde.“ (Sehr lebhafter Beifall.)

Die Rebellion im rheinischen Zentrum.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Kurt v. Stutterheim.

Paris, 28. April.

Zentrum und Sozialdemokratie haben das gemeinsame Schicksal, daß ihrer zunehmenden Anteilnahme an den Regierungsgeschäften Spaltungsercheinungen innerhalb der Partei parallel laufen. Hat das Zentrum bisher auch nur den Verlust einer einzigen, auf Bayern beschränkten Parteigruppe zu beklagen, so zeigen die Ereignisse der jüngsten Zeit, daß mit der Gefahr weiterer Abspaltungen ernsthaft zu rechnen ist. Das Problem, an dem die Geister sich scheiden, bildet die Koalitionspolitik, die bei einem Zusammengehen dreier so verschiedenartiger Parteien wie Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie jede Partei und demgemäß auch das Zentrum zu Konzeptionen und zur Abschwächung der ursprünglichen Strenge ihrer Programme nötigen. Unter diesem Gesichtspunkt war eine Vorkonferenz des Zentrums unumgänglich, eine Entwidlung, der wohl der katholische Arbeiterblock ohne Geminnungen folgen konnte, aber der Adel und Geistlichkeit und weite Kreise des Bürgertums nur mit Rücksicht auf das allgemeine vaterländische Interesse ihre einseitige Zustimmung erteilten. Von großer Bedeutung war der Zusammenschluß der von der Sozialdemokratie in seiner Existenz bedrohten Mittelklasse zu christlichen Mittelstandsvereinigungen, die in ihrer Zusammenfassung aus Akademikern, Beamten selbständigen Handwerkers und anderen nichtkapitalistischen und nichtproletarischen Berufsständen namentlich in der Rheinprovinz politischen Einfluß zu gewinnen wußten. Die Gesandte zwischen den rechtsstehenden und den Koalitionspolitik vertretenden Kreisen des Zentrums gewannen an Schärfe, je mehr infolge des Staatsstreichs vom 13. März der Regierungskurs nach links lenkte. Dieses Mal war es das rheinische Zentrum, in dem sich die Überstände gegen die offizielle Zentrumspolitik bis zu dem Plan der Gründung einer katholischen deutschen nationalen Partei verdrängten. Am mindesten wollte man das Zentrum aus der Gemeinschaft mit Sozialdemokratie und Demokratie lösen und den Anstoß an die Rechtsparteien vollziehen. Angesichts der Nennschon konnte der Zentrumspartei kein größeres Mißgeschick begegnen, als eine derartige Entfremdung ihrer inneren Geschlossenheit. Diese Erkenntnis scheint zu einer Wfsührung des Trennungseifers beigetragen zu haben. Anstatt der Gründung einer neuen Partei entschied man sich für eine in und an der alten Partei zu leistende Reformarbeit. In diesem Sinne erließ man einen „Aufruf an unsere christlichen Gesinnungsgenossen in Stadt und Land“, dem sich „Nichtlinien einer christlichen Politik“ angeschlossen. Die Abrechnung, die hierbei mit der bisherigen Zentrumspolitik gehalten wird, ist von einer unter Parteigenossen fast beispiellosen Schärfe. Die Verdienste, die sich das Zentrum gerade vom katholischen Standpunkt um Schule und Kirche im neuen Staat erworben hat, werden mit keinem Wort gewürdigt. In der Verhöhnung aller Aktivitäten wird die Zentrumspolitik der Wegbereitung für die sozialistische Republik, die Entschärfung der Waffen und den kommenden Zusammenbruch beistehend. Trotzdem hält man an der Zentrumspartei als solcher fest und laßt auf die Frage: was wollen und erheben wir? das neue Programm in folgender Antwort zusammen:

„Keine Sperrung, keine Auflösung, kein Verschwinden des Zentrums, keine neue Partei — Reform und Aufbau von innen heraus! Entschlossene Rückkehr zum alten Zentrum der Mallindrodt und Windthorst und entschiedene christliche Prinzipien als Leitsterne für unsere gesamte politische Arbeit.“

Zur Verwirklichung dieser Ziele sollen sich die christlichen Gesinnungsgenossen zu einer „Christlichen Volkspartei“ zusammenschließen. Man ruft also in einem Atem zur Gründung einer Partei auf und spricht dieser zur Veranschaulichung der Begriffsbewirung den Parteicharakter ab. Die „Nichtlinien“ enthalten außer einer Reihe futuristischer und stiftlicher Forderungen (wirtschaftlicher Neuaufbau auf dem Prinzip der christlichen Nächstenliebe, Festhalten am Wesen der christlichen Ehe) auch das alte Zentrumspostulat nach der Neugliederung Deutschlands auf föderalistischer Grundlage.

Abgesehen von seiner, die Einheit des Zentrums gefährdenden Lebens gewinnt der Aufruf durch die Tatsachen an Bedeutung, daß die unter dem Aufruf stehende Mißunterzeichnenden des Maxims Raxert auf Enthusiasmus zwischen der „Christlichen Volkspartei“ und der von Raxert geführten „Rheinischen Volkvereinigung“ schließen läßt. Das Zentrum hat, wie die übrigen politischen Parteien des Rheinlandes, den Teilnehmern an der „Rheinischen Volkvereinigung“ die Mitgliedschaft der Partei entzogen und das verfassungsmäßige Vorgehen dieser föderalistischen Gruppe erst kürzlich auf der Tagung des Reichsausschusses der Partei zum Ausdruck gebracht. Die gemeinsame Gesandtschaft der sogenannten „Christlichen Volkspartei“ und der „Rheinischen Volkspartei“ zum Zentrum legt den Gedanken eines fünftägigen Zusammengehens eventuell sogar eines Zusammenschlusses der beiden Claqueen nahe. Je stärker sich aber die mit der Zentrumspolitik unzufriedenen rheinländischen Elemente fühlen, um so näher rückt die Möglichkeit einer wirklichen Parteigründung. Daß diese Partei einen starken sonderbündlerischen Einschlag aufweisen wird, dürfte bei dem mit Gewißheit zu erwartenden Beitritt der vom Zentrum ausgeschlossenen Mitglieder der „Rheinischen Volkvereinigung“ nicht anzunehmen sein. In deutlichem Interesse ist es daher zu wünschen, daß dem Zentrum die Wiederaufhebung der föderalistischen rheinländischen Gruppen in Wälde gelingen möge.